

## 1990 Das Ende des Kalten Krieges, Deutschlands Vereinigung und die Anerkennung der polnischen Westgrenze

von Adam Krzemiński

Der Zerfall der Bipolarität auf unserem Kontinent — die von zwei „halbeuropäischen Supermächten“, der UdSSR und den USA, dirigiert wurde und gerade an der Nahtstelle zwischen den beiden deutschen Staaten besonders sichtbar war — hat den Deutschen die Vereinigung gebracht, den Anrainern im Osten ihre heiß ersehnte Unabhängigkeit und Selbstbestimmung wiedergegeben, dem europäischen Westen dagegen ein bis heute ungelöstes Dilemma beschert: Was hat absolute Priorität — die Erweiterung der EG um die ostmitteleuropäischen Staaten (dann aber auch um die Skandinavier, Schweizer und Österreicher) oder die Vertiefung der bestehenden Gemeinschaft?

Die Vereinigung Deutschlands und der „Rückzug“ der beiden Supermächte aus Europa erscheinen wie zwei Seiten derselben Medaille, auch wenn weder die Vereinigung wirtschaftlich und sozialpsychologisch bereits zur Gänze vollzogen ist noch die Supermächte — zumindest die Amerikaner — sich restlos aus Europa zurückgezogen haben. Wir sind in Europa mitten in einem historischen Prozeß, der völlig offen und auch in unseren Breitengraden nicht ohne unmittelbare Gefahren ist. Der Krieg in Jugoslawien und die halbherzige Aufnahme von Maastricht belegen, daß die Europäer keineswegs einen sicheren Fahrplan in die politische und wirtschaftliche Zukunft haben. Die seit einigen Monaten die Öffentlichkeit beherrschende Debatte darüber, ob das „Boot“ der westlichen Wohlstandsstaaten „voll“ sei und wie man sich vor der neuen „Völkerwanderung der Habenichtse“ schützen solle, zeigt, daß der Geist von 1989 wie jede „Völkerfrühlings“-Euphorie in der Geschichte vom Wind der nackten Egoismen verweht wurde.

Zugleich haben die Europäer wieder große Probleme mit der Harmonisierung ihrer Interessengegensätze und mit den „konzertierten Aktionen“ zur Stabilisierung der Lage in ihrer unmittelbaren Nähe. Ex-Jugoslawien ist ein besonders krasses Beispiel, doch Ratlosigkeit schimmert durch auch im Hinblick auf die Stabilisierungsmöglichkeiten der GUS-Staaten, ja selbst der verhältnismäßig „sicheren Drittstaaten“ wie Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn oder der Slowakei.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem partiellen „Rückzug“ der Vereinigten Staaten aus Europa ist zwar kein Machtvakuum entstanden. Sowohl die EG als auch die NATO rückten an den Böhmerwald und die Oder-Neiße-Grenze heran, und die einstigen „Kreml-Vasallen“ sehnen sich nun danach, von der wirtschaftlichen und militärpolitischen Vernetzung des westlichen Bündnisses aufgefangen zu werden. Dieses Bündnis steht nun vor dem bisher ungelösten Dilemma, sich zwischen der geographischen Erweiterung von EG und NATO und der Vertiefung der bisherigen Strukturen entscheiden zu müssen.

Im ersten Fall würde die EG die erstarkten Deutschen zwar noch stärker „einbinden“, zugleich aber die Gemeinschaft möglicherweise bis zur Unkenntlichkeit „verwässern“. Im zweiten Fall würde sie zur „Festung Europa“ und müßte sich gegen die Anwärtler im Osten abschotten — und die Nahtstelle wäre diesmal die schon jetzt immer wieder als Rio Grande Europas apostrophierte deutsch-polnische Grenze, ein neuer Limes zwischen Ost und West.

Aus diesem Grund haben die deutsch-polnischen Beziehungen eine Schlüsselbedeutung für die Zukunft Europas. Nicht, weil Polen zu einer „mittleren Macht“ aufgestiegen wäre oder den Europäern eine Neuauflage des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation blühte, sondern weil gerade an dieser Nachbarschaft die Fähigkeit oder Unfähigkeit, eine Interessengemeinschaft ungleicher Partner aufzubauen, unter Beweis gestellt wird. Es ist noch zu früh, schon heute über den Erfolg oder Mißerfolg der in den beiden deutsch-polnischen Verträgen von 1990/91 entworfenen neuen Nachbarschaft zu urteilen. Beide Partner scheinen momentan zu viele Scherereien mit ihrer eigenen Innenpolitik zu haben und in der Außenpolitik wie in einem Brennesselfeld herumzutappen, als daß man nach knapp zwei Jahren schon von einer Einübung in eine neue Epoche der gegenseitigen Beziehungen sprechen könnte. Zumal in beiden Ländern vieles von dem, was in den Verträgen festgeschrieben wurde, noch nicht als selbstverständlich aufgenommen und von den Unsicherheiten der eigenen Standortbestimmung in den Schatten gestellt wird.

Unbestimmt ist noch die neue internationale Rolle der Bundesrepublik (die unentschiedene Debatte um den Einsatz der Bundeswehr „out of area“ beweist es), ebenso sind es ihre nationalen Interessen (wie das Gerangel mit den EG-Partnern etwa in der Finanzpolitik zeigt) und ihr Geltungsdrang (ständiger Sitz im UNO-Sicherheitsrat) oder Geltungsbewußtsein („Asyl-Diktat“ gegenüber den östlichen Nachbarn). Als unbestimmt kann manchem auch die polnische Haltung erscheinen: Nach der mutigen Umorientierung der polnischen Außenpolitik 1989 Richtung Westen, nach den wiederholten Beteuerungen, „Polens Weg nach Europa

führt über Deutschland“, kam es zu einer ratlosen Sprachlosigkeit über die Oder und Neiße hinweg und zu einer recht chaotischen Debatte in Polen über die Außenpolitik, in der zwar die Westorientierung nicht bestritten wurde, aber — je nach politischem Standpunkt — nicht mehr Deutschland, sondern Frankreich, Amerika oder Italien Polens Hauptpartner im Westen sein sollten. Eine zusätzliche Ablenkung sowohl für die polnischen als auch die deutschen Politiker war 1991 der Zerfall der Sowjetunion, der nach den bangeren Tagen des August-Putsches in Moskau erneut die Phantasie der Politiker Richtung Osten lenkte. 1992 beschäftigte sich die polnische Öffentlichkeit viel mehr mit den Beziehungen zu Litauen, Weißrußland, der Ukraine und Rußland als mit Deutschland.

Ähnlich die deutsche Öffentlichkeit: Der Ruf „Rettet Jelzin“ löste das frühere „Rettet Gorbatschow“ ab, und die vagabundierenden Atomsprenköpfe wie auch die Grenzstreitigkeiten zwischen den GUS-Staaten waren ein hinreichender Grund, bangeren Auges die Entwicklungen und Chancen östlich von Polen zu verfolgen. Zwischen Polen und Deutschen herrschte eine scheinbare Windstille. In beiden Ländern beschränkten sich die Medien auf die Registrierung des Tagesgeschehens, und die Außenpolitiker setzten mühselig ihre im Nachbarschaftsvertrag von 1991 festgeschriebene Marschroute mit Treffen, Konsultationen und Vereinbarungen fort. Doch in beiden Ländern fehlt es an Kräften, die die gegenseitige Annäherung gesellschaftlich verankern und vorantreiben würden.

Es gehört zu den Standardformulierungen deutscher Politiker, die deutsch-polnischen Beziehungen mit den deutsch-französischen zu vergleichen. 1992 ist endlich auch ein Jugendwerk nach deutsch-französischem Muster gegründet worden. Doch gerade dieses Beispiel zeigt, wie asymmetrisch die beiden Nachbarschaften für die Deutschen sind und wie schwierig es sein wird, Polen als gleichwertigen Partner zu akzeptieren. Das liegt nicht nur an dem geringeren Interesse der deutschen Schüler am Jugendaustausch mit Polen im Vergleich etwa zu dem mit Frankreich, sondern vor allem an der heute weitaus komplizierteren Lage in Europa als zur Zeit der deutsch-französischen Euphorie Ende der 50er Jahre, die die Aussöhnung mit Frankreich zur persönlichen Angelegenheit einer ganzen Generation machte. Die Überwindung der „Erbfeindschaft“ 15 Jahre nach dem Krieg war für die Deutschen ein Weg aus der internationalen Ächtung heraus. Sie war außerdem — ähnlich wie der „Amerikanismus“ — vor dem Hintergrund der Konfrontation mit dem Kommunismus im Osten ein Zeichen der Zugehörigkeit zur besseren Hälfte Europas. Und schließlich war Frankreich traditionell für die deutschen Bildungsbürger ein insgeheim oft bewunderter „Erbfeind“, mit dem nun ein gemeinsames Europa aufzubauen nur verlockend war.

Im Vergleich dazu gibt es heute keine besondere europäische Aufbruchstimmung im Hinblick auf den Osten. Das ist zwar eine Binsenwahrheit, doch man sollte sie sich immer wieder ins Gedächtnis rufen. Die deutsch-deutschen Probleme mit der mentalen Vereinigung, der Streit um die Treuhandstelle, die „Luftlandetruppen“ der Wessis im Osten, die „Entindustrialisierung“ der Ex-DDR und die „Entmündigung“ der Osis im Zuge der Abrechnung mit den DDR-Schriftstellern konnten weiter östlich als ein Modell für den Umgang des Westens mit dem ex-kommunistischen Osten verstanden werden. Hinzu kamen — besonders in Polen — hausgemachte Phobien und Vorbehalte gegenüber den Deutschen: die Befürchtung, die Deutschen wollten Polen planmäßig aufkaufen und auf „sanfte Art“ die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges rückgängig machen, und das Mißtrauen, die von der deutschen Innenpolitik massiv unterstützte deutsche Minderheit in Polen werde quasi als ein „trojanisches Pferd“ aufgebaut.

Die polnischen Überlegungen zu Deutschland sind von der geschichtlichen Erfahrung und von der praktischen Nähe geprägt. Zum Vorschein kam dies etwa anlässlich einer innerpolnischen Debatte über den Plan einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit entlang der Oder und Neiße. Der nach dem brandenburgischen Ministerpräsidenten benannte „Stolpe-Plan“ empörte zunächst einen Teil der polnischen Öffentlichkeit (obwohl dessen Grundzüge bereits im Vertrag skizziert wurden), die darin eine „schleichende Landnahme“ angelegt sah; doch mit der Zeit entwickelte sich gerade in den Grenzgemeinden eine spontane Bewegung zur Zusammenarbeit, auf polnischer Seite sogar aktiver als auf deutscher, da der Sprung über die Grenze in den Radius der EG den Polen interessanter erscheint als den Deutschen aus dem strukturschwachen Randgebiet der Ex-DDR. So entsteht eine neue Disparität: Zwar wirkt sich die massive Finanzhilfe des Bundes für die neuen Länder auf den Ausbau der Infrastruktur auch in den deutschen Grenzgemeinden positiv aus, während die polnischen jenseits der Grenze stagnieren, doch an den kleinen Privatinvestitionen in dieser Region kann man ablesen, daß es die Polen sind, die eine Zusammenarbeit mit den Deutschen suchen.

In der Grenzregion wurden die Weichen für eine Neuentdeckung der deutsch-polnischen Nachbarschaft bereits gestellt. Noch beherrschen Übergriffe deutscher Skins auf Polen oder polnischer auf Deutsche die Medien, doch immer wieder hört man auch von neuen Grenzübergängen und gemeinsamen Initiativen — wie in Frankfurt/Oder, wo nicht nur eine europäische Universität, die „Viadrina“, sondern auch ein deutsch-polnisches Gymnasium entstand. An der deutschen Grenze werden inzwischen Modelle ausprobiert, die manche Polen gerne auf die Ostgrenze übertra-

gen würden. Daß es damit allerdings noch nicht allzu weit her ist, zeigte unlängst eine Debatte im Sejm, in der polnische Christlich-Nationale die Bildung von Euroregionen als einen Prolog zur „erneuten Teilung Polens“ bekämpften. Der Anlaß war zwar eine engere Zusammenarbeit Polens, der Ukraine, Ungarns und der Slowakei, doch gemeint war auch die „Pomerania“ an der Odermündung.

Der Krieg in Jugoslawien — d.h. die Separatismen und „ethnischen Säuberungen“ ebenso wie die Unfähigkeit der Europäer, das Morden im Namen einer supranationalen Verantwortung zu stoppen — hat ähnlich wie ein Erdbeben noch weit entfernt vom Epizentrum nachhaltige Auswirkungen. Der Glaube an eine politische Willensbildung der Gemeinschaft ist schwächer geworden. Auch das Zögern der NATO-Länder vor einer Aufnahme der ostmitteleuropäischen Länder weckt in Warschau oder Budapest das alte Mißtrauen, wieder einmal habe man in geheimen Absprachen — gleich, ob im Kaukasus oder auf Malta — eine unsichtbare Linie quer durch Europa gezogen und die früheren Warschauer-Pakt-Staaten wie ehemals der sowjetischen bzw. russischen Interessensphäre zugeschlagen. Daß die westlichen Politiker in Rußland nach wie vor eine atomare Weltmacht sehen, ist nur realistisch; daß sie aber für die Argumente jener russischen Politiker ein offenes Ohr finden, die ständig betonen, eine Aufnahme Polens, Ungarns, Tschechiens oder der Slowakei in die NATO gebe nur den nationalistischen Kräften in Rußland Aufwind, wird auch in Polen gelegentlich als ein Indiz für die Wiederkehr der alten Geo- und Machtpolitik empfunden. Und tatsächlich gibt es auch in Deutschland offene Überlegungen in diese Richtung, wenn etwa die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) über eine „Renationalisierung“ der deutschen Außenpolitik nachdenkt und deutsche Politologen die deutsche „Angst vor der Macht“ kritisieren oder — wie Arnulf Baring — die Hierarchie der deutschen Prioritäten so darstellen, als müsse Deutschland — unfähig, länger den „Allerweltfreund“ zu spielen — sich entscheiden, wer im Osten sein Hauptpartner sei, Rußland oder Polen und Tschechische Republik.

In den strategischen Überlegungen in Polen, die weitsichtiger als die Kommentare der Tagespolitik sind, nimmt man dieses deutsche Dilemma sehr ernst. In einer Studie des Posener Westinstituts konnte man im Sommer 1992 lesen: „Die Vereinigung verlief für Deutschland optimal. Abgesehen von der Klausel, daß die Sowjetarmee bis 1994 in der Ex-DDR bleibt und daß in den neuen Ländern keine NATO-Truppen stationiert werden dürfen, gibt es keine Bedingungen, die auf irgendein Mißtrauen hindeuten könnten. Es gibt keine Kontrolle über Deutschland, keine Einbindung als Bedingung — das Vertrauen ist vorhanden. Deutschland

stelle seine Einheit wieder so her, wie es sich das gleich nach dem Krieg nicht einmal hätte wünschen können. Europa hat freiwillig einem neuen Zentrum zugestimmt. Die Zustimmung beinhaltete auch eine Akzeptanz der deutschen Dominanz. Und die Verschiebung in Europa erfolgte schneller als erwartet. Mit dem Zerfall der Sowjetunion — und gleich, was man von ihr hält, sie neutralisierte die deutsche Übermacht — gleitet Deutschland in eine Region hinein, in der es keine Konkurrenten hat: Die USA sind zu weit, Rußland wurde hinter die Grenzen des 17. Jahrhunderts zurückgedrängt (mit Ausnahme der Königsberger Region), Frankreich und England hielten Ostmitteleuropa schon immer für eine deutsche (und russische) Einflußzone, und auch jetzt sieht Deutschland seine Aufgabe in der Wiederherstellung dieser Region. Der Zerfall der Sowjetunion provoziert Deutschland geradezu zu dem traditionellen Spiel mit Rußland, den baltischen Staaten und der Ukraine. Ob das Vakuum im Osten neutralisiert wird durch die disziplinierende Rolle der NATO oder der EG, muß sich zeigen, zumal die Signale aus Washington wenig schlüssig sind.“ Einerseits dränge man Deutschland zu einer aktiven Unterstützung bei der Lösung regionaler Konflikte wie 1991 am Golf, andererseits sei man über die deutschen Extratouren in Jugoslawien verwundert. Die EG-Staaten fürchteten einen deutschen Neutralismus und Nationalismus, seien aber nicht bereit, die westeuropäische Integration voranzutreiben.

Interessant sind die Schlußfolgerungen dieser Studie: „Oberstes Prinzip der deutschen Politik ist heute, einer Destabilisierung an der Ostgrenze vorzubeugen und in der Zukunft eine wirtschaftliche und politische Expansion vorzubereiten. In der Praxis versucht Deutschland, Ruhe im Osten zu kaufen; seit 1989 hat es 90 Milliarden DM überwiesen, davon 60 Milliarden an die UdSSR. Die Deutschen übernahmen 54% der westlichen Hilfe an die Sowjetunion und 32% der Hilfe für Ostmitteleuropa. Diese Mittel versagen, diese Region ist nicht stabiler, sondern droht, in ein Chaos abzugleiten, das diktatorische Regime nicht ausschließt. Doch Deutschland kann nicht einmal auf langfristige Dankbarkeit hoffen — die postkommunistischen Völker sind überzeugt, daß die Reichen sowieso mit den Armen teilen sollten. Man mag weder Gläubiger noch Wohltäter, die einen hält man für Diebe wegen der Zinsen, die anderen für heimtückische Heuchler (...).“

Für die polnische Strategie ergibt sich nach dieser Studie eine konkrete Chance, eine „deutsch-polnische Interessengemeinschaft“ aufzubauen, bevor Deutschland stärker und eigennütziger sein wird. Polen solle dem neuen Deutschland gegenüber Vertrauen und Kooperation entgegenbringen. Das wäre eine europäische Investition in die Zukunft.

Doch die Zeitgeschichte entwickelt sich schneller, als es den Planern lieb ist. Einerseits gab es in der letzten Zeit rein optisch etwas von einer „Interessengemeinschaft“, als Hans-Dietrich Genscher den polnischen und den französischen Außenminister nach Weimar einlud, um die Parallelität der beiden Nachbarschaften zu betonen. Auch beim Deutschlandbesuch des polnischen Staatspräsidenten 1992 fielen gewichtige Worte. Doch da, wo es hart auf hart kommt, in der Innenpolitik — etwa der Asylfrage —, ist von einer „Interessengemeinschaft“ zwischen Deutschen und Polen kaum etwas zu spüren.

Die Oder-Neiße-Grenze macht wieder Schlagzeilen. Nicht ihr Verlauf, nicht ihre Anerkennung bewegt die Gemüter, sondern ihre „Absicherung“ vor dem Zustrom illegaler Einwanderer und die „Zurücknahme“ der abgelehnten Asylbewerber, die über diese Grenze nach Deutschland gelangt sein sollen. Daß dabei die deutschen Innenpolitiker ohne Rücksichten auf die polnischen Möglichkeiten, diese Unglückseligen aufzunehmen und zu beherbergen, mit der Wiedereinführung der Visumpflicht für die Polen drohten und ihnen die Schließung der polnischen Ostgrenze vor den Einwanderern nahelegten, zeigte, wie schnell die eigenen „Interessen“ vor der „Gemeinschaft“ den Vorrang bekommen können.

Die gute deutsch-polnische Nachbarschaft ist vorerst ein Projekt, ein Entwurf mit guten Vorsätzen, aber vielen Stolperdrähten und Sprengkammern, die nicht so sehr auf einer „Erbfeindschaft“ beruhen als auf Unkenntnis und mangelnder Erfahrung im Umgang miteinander. Dennoch ist es nicht als Beschwörung zu verstehen, wenn gesagt wird, daß nach wie vor Chancen für eine harmonische deutsch-polnische Gemeinschaft bestehen. Geduld allein reicht allerdings nicht aus, es muß auch der Wille vorhanden sein, sie im Konkreten aufzubauen — auch gelegentlich gegen vordergründige Eigeninteressen. Das gilt für beide Nachbarn gleichermaßen ...

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_